

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Michael Theurer, Reinhard Houben,  
Dr. Marcel Klinge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 19/23935 –

**Job-Kahlschlag in der Automobilindustrie verhindern, Industriestandort  
Deutschland zukunftsfit machen**

### A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, zur Belebung der deutschen Automobilwirtschaft die regulatorischen Rahmenbedingungen des Standortes deutlich zu verbessern statt auf Staatseingriffe zu setzen.

### B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.**

### C. Alternativen

Wurden nicht erörtert.

### D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.*

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/23935 abzulehnen.

Berlin, den 19. Mai 2021

**Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie**

**Klaus Ernst**  
Vorsitzender

**Enrico Komning**  
Berichterstatter

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.*

## Bericht des Abgeordneten Enrico Komning

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/23935** wurde in der 190. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. November 2020 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag auf Drucksache 19/23935 stellende Fraktion der FDP schickt voraus, die Automobilindustrie in Deutschland sei mit drei Krisen auf einmal konfrontiert: der Corona-Pandemie, einer CO<sub>2</sub>-Regulierung, die zu wenig CO<sub>2</sub> einspare, und einem globalen Rückgang der Nachfrage bei gleichzeitigen Überkapazitäten in der Produktion. Die Entwicklung vom „analogen“ zum „digitalen“ Automobil stelle die Hersteller zusätzlich vor große Herausforderungen, zumal noch immer die gesetzlichen Rahmenbedingungen in Deutschland fehlten, um hier schnell zu Marktreife und Umsetzung zu gelangen. Auch die ideologisch motivierte Debatte um Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in einigen Städten sorge für eine nachhaltige Verunsicherung der Verbraucher hinsichtlich des Erwerbs eines neuen Automobils. Eine weitere Krise komme hinzu: Die Unfähigkeit der Bundesregierung, die Bedeutung und die Chancen individueller Mobilität zu erkennen und zu fördern. Die deutsche Automobilwirtschaft stehe für Technologie und Fortschritt, werde aber viel zu häufig als Problem und nicht als Teil der Lösung wahrgenommen. Aus diesen und weiteren Erwägungen heraus wird die Bundesregierung aufgefordert, die folgenden Prioritäten zu setzen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Verhandlungen, Abschluss und Ratifizierung von Freihandels- und Investitionsschutzabkommen voranzutreiben sowie die Information von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern über die Wichtigkeit von Freihandels- und Investitionsschutzabkommen zu verbessern;
2. die Senkung von Strom- und Energiekosten durch mehr Marktwirtschaft, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken und der Automobilindustrie Spielräume für Zukunftsinvestitionen in neue Antriebstechniken und digitale Innovationen zu verschaffen;
3. der Aufbau einer CO<sub>2</sub>-freien Tank- und Ladeinfrastruktur voranzutreiben;
4. automatisiertes und autonomes Fahren in Deutschland voranzubringen;
5. die digitale Infrastruktur zu verbessern;
6. die Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitnehmer- und Arbeitgeber unter 40 Prozent zu stabilisieren;
7. die Innovationstätigkeit zu erhöhen;
8. einen fairen internationalen Steuerwettbewerb voranzutreiben;
9. wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um den Fachkräftemangel trotz Strukturwandel zu abzubauen;
10. den Zugang zu Eigenkapital und die Wettbewerbssituation für die Zulieferindustrie zu verbessern.

### III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat den Antrag auf Drucksache 19/23935 in seiner 113. Sitzung am 19. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

#### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 19/23935 in seiner 119. Sitzung am 19. Mai 2021 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/23935 zu empfehlen.

Berlin, den 19. Mai 2021

**Enrico Komning**  
Berichtersteller

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.*